



Pressemitteilung

Ansbach, 27.09.2011

Entwicklungschancen in Ansbach – US-Militärpräsenz einzige Idee der CSU?

Breitschwert offenbart strukturpolitisches Versagen auf ganzer Linie

Mit seiner inhaltsleeren Reaktion auf den Vorstoß der bayerischen Linken, US-Militärstandorten im Freistaat Chancen für eine zivilen Umnutzung zu eröffnen, stellt MdL Breitschwert erneut die strukturpolitische Ideenlosigkeit der CSU unter Beweis.

Anstatt den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben hat Breitschwert in Ansbach die militärische Aufrüstung geduldet und sogar noch befeuert. Ganze Landstriche leiden unter Gesundheitsgefährdungen und Umweltzerstörung infolge der Militärpräsenz. Zehntausende BürgerInnen sehen sich massivem Fluglärm und giftigen Abgasen hilflos ausgesetzt.

Im Gegensatz zu den rechtspopulistischen CSU-Kreisen um Breitschwert hat Die Linke die Entwicklungsmöglichkeiten durch Konversion von Militärstandorten erkannt und will an den bayerischen US-Basen frühzeitig Prozesse für künftiges bürgerfreundliches und umweltschonendes Wirtschaften einleiten. Alle Beispiele zivil umgenutzter ehemaliger Armeestützpunkte zeigen eine positive wirtschaftliche Entwicklung – auch im ländlichen Raum. An allen Ex-Standorten wurden mehr Arbeitsplätze geschaffen, zahlreiche ehemaligen Zivilangestellte bei der Armee in Konversionsprojekten übernommen. Die Gewerbesteuererinnahmen sowie die allgemeine Steuerkraft der betroffenen Kommunen stiegen in allen Konversionsbeispielen stark an, während das US-Militär in Bayern keinerlei Steuern entrichtet. Voraussetzung für einen zeitnahen Erfolg der zivilen Umnutzung ist allerdings eine rechtzeitige Konversionsplanung.

Hier hat die Staatsregierung, allen voran Minister Herrmann, auf ganzer Linie versagt, wie das Beispiel Kitzingen zeigt. Die dortigen Chancen der zivilen Umnutzung im Bereich regenerativer Energien oder bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf ehemaligem Kasernengelände hat die Staatsregierung völlig verschlafen und die Kommune im Stich gelassen. Ich werde mich auch jenseits der ideologischen Verblendung Herrn Breitschwerts weiterhin für zukunftsfähige Konzepte zum Wohle von Mensch und Natur an den derzeitigen Militärbasen im Freistaat einsetzen: Kriegsübungen sind keine strukturpolitischen Optionen für die Region Ansbach. Sie sind vielmehr Ausdruck von Planlosigkeit einer ausgebrannten Staatsregierung und eines Abgeordneten auf Abruf.

Das Eingeständnis Breitschwerts, die Staatsregierung könne den US-Abzug nicht kompensieren, ist ein politisches Armutszeugnis und führt ganze Regionen in die Abhängigkeit vom Militär. Ich will nicht, dass aus Ansbach ein zweites Ramstein oder Grafenwöhr wird. Daher gilt es, jetzt verstärkt Ideen für zivile Zukunftsoptionen unserer Stadt zu entwickeln; auch wenn die in hohem Maße für unerträglichen Fluglärm und Feinstaubbelastung der US-Kampfhubschrauber verantwortliche CSU dazu nicht fähig ist.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat